



Rheinland-Pfalz

MINISTERIUM FÜR SOZIALES,
ARBEIT, GESUNDHEIT
UND DEMOGRAPHIE

Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie
Postfach 31 80 | 55021 Mainz

Vorsitzender des
Sozialpolitischen Ausschusses
Herrn Dr. Peter Enders, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
55116 Mainz



DER MINISTER

Bauhofstraße 9
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-2452
Mail: poststelle@msagd.rlp.de
www.msagd.rlp.de

6. August 2013

Mein Aktenzeichen
PuK-01 421-2-51/13

Ihr Schreiben vom

Ansprechpartner/-in / E-Mail
Dagmar Rhein-Schwabenbauer
Dagmar.Rhein@msagd.rlp.de

Telefon / Fax
06131 16-2415
06131 1617-2415

21. Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses am 20. Juni 2013

hier: TOP 2

Budgetbericht der Landesregierung zum 31. Dezember 2012

Unterrichtung durch die Landesregierung, Drucksache 16/2300

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Dr. Enders,

anlässlich der Erörterung des oben genannten Tagesordnungspunktes in der 21. Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses am 20. Juni 2013 habe ich zugesagt, den Mitgliedern des Ausschusses meinen Sprechvermerk zur Verfügung zu stellen.

Dieser Zusage komme ich gerne nach.

Mit freundlichen Grüßen


Alexander Schweitzer



- 1 -

Blinden und sehbehinderten Personen wird dieses Dokument auf Wunsch auch in für sie wahrnehmbarer Form übermittelt.

Abteilung Gesundheit: Schießgartenstraße 6 • Fax 06131/164375
Abteilung Sozialversicherungen: Schießgartenstraße 6 • Fax 06131/165336

**sozial
AKTIV**
für Rheinland-Pfalz



Aktenzeichen 613-3 04 043

Mainz, den 12.06.2013

Bearbeiter: Wolfgang Schmidt, ☎ 06131 16-2089

Sprechvermerk

21. Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses am 20. Juni 2013

TOP 2: Budgetbericht der Landesregierung zum 31. Dezember 2012

Unterrichtung durch die Landesregierung, Drucksache 16/2300

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Dr. Enders,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

die im Rahmen der Budgetierung im Einzelplan 06 eingesetzten Instrumente der flexiblen Haushalts- und Wirtschaftsführung haben sich - wie bereits seit Jahren - bewährt.

Auch im Jahr 2012 wurden die Budgets für Personal- und Sachausgaben sowie für Verwaltungsinvestitionen eingehalten.

Die bewährte Praxis der Zuteilung dezentraler Einzel-Budgets an die örtlichen Dienststellen zur eigenverantwortlichen Bewirtschaftung wurde im Jahr 2012 fortgeführt.

Die Eigenverantwortung für die Mittelbewirtschaftung, die eingeräumten Steuerungsmöglichkeiten und die Vollzugskompetenz haben die Bewirtschaftler vor Ort motiviert, die gesetzten Budgetziele einzuhalten. Gleichzeitig hat es ihnen das dezentrale Management ermöglicht, mit und aus den verfügbaren Mitteln die fachlich optimalen Ergebnisse zu erzielen.

Die Ist-Ergebnisse belegen seit Jahren die Richtigkeit und Zielgerichtetheit des im Einzelplan 06 mit der Budgetierung eingeführten dezentralen Ausgabenmanagements.



Lassen Sie mich zu den im Einzelplan 06 ausgewiesenen Leistungsaufträgen kurz Folgendes ausführen:

Das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie trägt seit vielen Jahren zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit und Erhaltung von Arbeitsplätzen als einer der wichtigsten Akteure in der Arbeitsmarktpolitik in Rheinland-Pfalz bei.

Die Aktivitäten der Landesarbeitsmarktpolitik orientieren sich dabei an der Fördersystematik des Europäischen Sozialfonds in Rheinland-Pfalz mit folgenden besonderen regionalen Schwerpunkten und Zielgruppen:

- Jugendliche beim Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf sowie benachteiligte Jugendliche bis 25 Jahren,
- Frauen,
- Migrantinnen und Migranten,
- Langzeitarbeitslose.

Zum Stichtag 31. Dezember 2012 wurden insgesamt 388 Projekte gefördert. Damit wurden insgesamt 43.850 Menschen erreicht.

Neben bewährten Projekten wie den Job-Füxen, Kommunalen Jugendscouts, Fit für den Job und Projekten zur Verbesserung der Ausbildungschancen für Jugendliche mit Migrationshintergrund wurden auch Projekte für Langzeitarbeitslose gefördert. Im Rahmen eines Regionalen Budgets, das sich an der Zahl der Bezieherinnen und Bezieher von SGB II-Leistungen orientiert, wurden gemeinsam mit den Jobcentern in Rheinland-Pfalz vor allem Projekte für Langzeitarbeitslose initiiert.

Zum Leistungsauftrag für den Aufgabenbereich der Anerkennung und Förderung der Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen kann ich berichten, dass in Rheinland-Pfalz nach wie vor die Träger von 52 mit Landesmitteln geförderten Beratungsstellen mit einer verlässlichen Förderung planen können.



Neben Mitteln der Kommunen und der Sparkassen stellt das Land über 2 Millionen Euro zur Verfügung um eine flächendeckende und plurale Versorgung (Träger sind in erster Linie Caritas, das Diakonische Werk, die Arbeiterwohlfahrt und die Kommunen sowie einige freigemeinnützige Vereine und Gesellschaften) sicher zu stellen. Damit ist eine qualifizierte, kostenfreie und seriöse Beratung für überschuldete Personen garantiert. Die Schwerpunkte liegen in der Sicherung und Weiterentwicklung der Beratungsqualität, dem Ausbau der Präventionsarbeit bei Jugendlichen und an Schulen sowie in der Verkürzung der Wartezeiten.